

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

2.7.1932 (No. 152)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tatsächlicher Rabate, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizipale Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Str. 14, zu senden und werden in Berechnung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vortreibung und Kontostandverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abstellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Berechtigung übernommen. Abstellung der Zeitung kann nur je 50 Stk. auf Monatsfrist erfolgen. — Bestellen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Zentralanbahnregister für Baden, Badischer Staatsanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Antizipale Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Notverordnung über den Etat

Nach der jetzt vorliegenden Verordnung des Reichspräsidenten über die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Reiches im Rechnungsjahr 1932 sind die Einnahmen und Ausgaben des Reiches für das Rechnungsjahr 1932 mit je 8219 Millionen Reichsmark veranschlagt. Dem Schuldentilgungsfonds werden reichseigene Reichsbahnvorszugsaktien zugeführt, und zwar in Höhe des planmäßigen Tilgungsbetrages. Die Tilgungsverpflichtung wird hiermit als erfüllt betrachtet. Der Reichsfinanzminister wird ermächtigt zur Übernahme von Garantien in Höhe von 350 Millionen Reichsmark zur Außenhandelsförderung, in Höhe von 250 Millionen Reichsmark für den Kleinwohnungsfonds, in Höhe von 150 Millionen Reichsmark für Siedlungszwecke, und in Höhe von 100 Millionen Reichsmark für Instandsetzung von Altwohnungen; schließlich zur Übernahme der Garantie dafür, daß für die aus Altbesitz im Rechnungsjahre 1932 zum Verkauf kommenden Reichsbahnvorszugsaktien jährlich eine Dividende von mindestens 7 Proz. gezahlt wird. Die bisherigen Garantiermächtigungen des Reichsfinanzministers bleiben in Kraft.

Von den Reichsmitteln für Zwecke der Invalidenversicherung erhält die Reichsversicherungsanstalt im Rechnungsjahr 1932 den Teilbetrag mit 12 Millionen Reichsmark. Frei werdende Stellen des unteren und einfachen mittleren Dienstes dürfen nur mit geeigneten Beamten oder mit Versorgungsanwärtern besetzt werden. Das Gleiche gilt für die Hälfte der frei werdenden Stellen des gehobenen, mittleren Dienstes. Diese Bestimmungen gelten für die Reichspost mit der Maßgabe, daß der entsprechende Prozentatz beim unteren Dienst 80 Proz. und im einfachen mittleren Dienst 90 Proz. beträgt. Über die letzten 10 Proz. der bewilligten jährlichen Ausgaben darf von den einzelnen Behörden, soweit nicht die Verpflichtung zur Leistung auf Grund eines Gesetzes besteht, nur mit vorheriger Zustimmung des Reichsfinanzministers verfügt werden.

Nach dem aufgestellten Plan betragen die Einnahmen der allgemeinen Finanzverwaltung rund 7713 Millionen Reichsmark. Es sollen erbringen Besitz- und Verkehrssteuern 4757 Mill. Reichsmark, Zölle und Verbrauchsabgaben 2707 Mill. Reichsmark, das Bank- und Münzwesen 127 Mill. Reichsmark und Dividenden usw. von der Reichsbahn rund 119,6 Mill. Reichsmark. Die Einnahmen der Reichspost sind mit 243,5 Mill. Reichsmark, die des Reichsfinanzministeriums mit 74,1 Mill. Reichsmark, und die des Reichsverkehrsministeriums mit 29,4 Mill. Reichsmark veranschlagt.

Von den Ausgaben beansprucht die allgemeine Finanzverwaltung 2270 Mill. Reichsmark. Auf das Reichsarbeitsministerium entfallen an laufenden Ausgaben 1560 Mill. Reichsmark, auf Versorgungs- und Ruhegelder 1183 Mill. Reichsmark, auf den Dienst der Reichsschuld 943 Mill. Reichsmark, auf das Reichsverkehrsministerium 578 Mill. Reichsmark, auf Kriegskosten 470 Mill. Reichsmark, auf das Reichsfinanzministerium 397 Mill. Reichsmark, auf das Reichswehrministerium 116 Mill. Reichsmark, auf das Reichsministerium für Ernährung 68 Mill. Reichsmark, auf das Auswärtige Amt 52 Mill. Reichsmark, auf das Reichsinnenministerium 30,8 Mill. Reichsmark, auf das Reichswirtschaftsministerium 13,3 Mill. Reichsmark, auf das Reichsjustizministerium 13,1 Mill. Reichsmark.

Die Summe der einmaligen Ausgaben beträgt 319 Mill. Reichsmark; davon entfallen u. a. auf das Reichswehrministerium 96,2 Mill. Reichsmark, auf das Reichsministerium für Ernährung 77,7 Mill. Reichsmark, auf die allgemeine Finanzverwaltung 56,9 Mill. Reichsmark, auf das Reichsverkehrsministerium 54,4 Mill. Reichsmark, auf das Reichsfinanzministerium 20,5 Mill. Reichsmark, auf das Reichswirtschaftsministerium 6,8 Mill. Reichsmark und auf das Reichsinnenministerium 6,6 Mill. Reichsmark.

Die Mittel für Deutschlands Schutz

578 Millionen für den Wehretat

In diesem Jahr erlebt die deutsche Öffentlichkeit nicht das Schauspiel des sonst so heftigen Kampfes um den Wehretat und vor allem um die Kriegsschiffneubauten, der sich sonst im Reichstag abzuspielen pflegte. Noch die Regierung Hermann Müller geriet bei der Frage über den Bau des Panzerkreuzers A in die allergrößten Schwierigkeiten und auch Drüning mußte sich parlamentarisch-taktisch auseinandersetzen. Durch die Erledigung des Reichsetats mittels Notverordnungen ist einweilen der Kampf um den Wehretat vermieden worden.

Trotzdem zeigt der gesamte Wehretat eine, wenn auch nicht sehr erhebliche Kürzung gegenüber dem Vorjahr, denn mit 578 Millionen Reichsmark ist er um rund 21 Millionen niedriger als 1931. Also auch hier hat sich die Finanznot ausgewirkt, obwohl gerade die neue Regierung sich bemüht ist, daß alles getan werden muß, um den Schutz Deutschlands angeht der heutigen internationalen Verhältnisse soweit wie möglich zu gewährleisten. Der größte Betrag im Wehretat entfällt selbstverständlich auf die Armee, und zwar beträgt der Heeresetat 455 Millionen Reichsmark, was eine Kürzung um 14,3 Millionen Reichsmark bedeutet. Es ist nun sehr interessant, die einzelnen Ausgaben des Heeresetats aufzulisten, wobei sich zeigt, daß eine außerordentlich große Summe, und zwar nahezu die Hälfte des gesamten Heeresetats mit 201,3 Millionen Reichsmark auf die Befolgung entfällt, was auf die eigenartige Konstruktion der deutschen Heeresmacht zurückzuführen ist, die uns in Versailles aufzuzwingen wurde. Der nächstgrößte Posten entfällt mit 67,4 Millionen Reichsmark auf Waffen und Munition, es folgen dann 39,2 Millionen Reichsmark zur Unterbringung, während für die Befestigungen, Pionierausrüstungen usw. (Kraftwagen), 34 Millionen Reichsmark angelegt sind. Interessant ist auch noch, daß trotz der Motorisierung der Reichswehr das Pferd immer noch eine erhebliche

Letzte Nachrichten

Die Vormittagsbesprechungen in Lausanne

Lausanne, 2. Juli. (Tel.) Herriot ist Samstagfrüh nach Lausanne zurückgekehrt, um an der Vormittagsbesprechung des Büros teilzunehmen, die den gestrigen ausgearbeiteten Vorschlägen die definitive Lösung geben soll. Herriot hatte bereits vor Beginn der ursprünglich auf 10 Uhr anberaumten Zusammenkunft eine Besprechung mit Macdonald. Mit Rücksicht darauf ist die Sitzung auf 11 Uhr verlegt worden. Reichsaußenminister Freilich von Neurath wird um 12 Uhr Macdonald einen Besuch abstatten.

Rein Kabinettsrat in Freiburg

Lausanne, 2. Juli. (Tel.) Zu dem in Lausanne und einem Teil der Presse verbreiteten Gerücht von einem am kommenden Sonntag in Freiburg stattfindenden Kabinettsrat können wir feststellen, daß die Absicht einer solchen Zusammenkunft am dritten Ort nicht besteht.

Zu den Reichstagswahlen

Keine Listenverbindung Zentrum—Staatspartei

Berlin, 2. Juli. Die Pressestelle des Reichsgeneralsekretariats der Deutschen Zentrumspartei teilt uns mit: In der Morgenpresse wird von einer Listenverbindung Zentrum—Staatspartei gesprochen. Diese Mitteilung ist unzutreffend. Mit der Staatspartei hat das Zentrum keinerlei Vereinbarung getroffen. Die Zentrumspartei hat gestern ihren Reichswahlvorschlag bestimmt. Aus der Zusammenlegung des Reichswahlvorschlags ist zu ersehen, daß nur Mitglieder der Zentrumspartei auf der Reichsliste aufgestellt sind. Die Beschlüsse der Zentrumspartei sind als endgültig anzusehen.

Listenverbindung WP. und Wirtschaftspartei

München, 2. Juli. (Priv.-Tel.) Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ aus Kreisen der Bayerischen Volkspartei erfahren, sind Verhandlungen mit dem Reichstagsausschuß der Wirtschaftspartei zum Zwecke einer Listenverbindung aufgenommen worden. Mit dem baldigen Abschluß dieser Verhandlungen ist zu rechnen.

Roosevelt gegen Hoover

Chicago, 2. Juli. (Tel.) Franklin D. Roosevelt wurde gestern vom demokratischen Parteikonvent zum Kandidaten für den Präsidentschaftswahlkampf nominiert.

Nachdem drei vorausgegangene Abstimmungen, wie gemeldet, ohne Ergebnis verlaufen waren, erhielt Roosevelt in der vierten und letzten Abstimmung von 1148 Stimmen 945; für den demokratischen Präsidentschaftskandidaten des Wahlkampfes von 1928, Al Smith, stimmten 190 Vertreter, hauptsächlich aus den Oststaaten.

Als Vizepräsidentschaftskandidat wird der Parteikonvent voraussichtlich am Samstag den Sprecher des Repräsentantenhauses, Garner, nominieren.

„Graf Zeppelin“ zur Englandsfahrt gestartet

Friedrichshafen, 2. Juni. (Tel.) „Graf Zeppelin“ ist heute früh 7.09 Uhr unter Gäners Führung zu seiner Fahrt nach England gestartet. Er wird befinden sich zwölf Passagiere. Die Fahrt geht voraussichtlich über Basel, Besançon, Dijon nach der Rheimündung.

Ellt Weinhorn auf der Rückkehr

Buenos Aires, 2. Juli. (Tel.) Ellt Weinhorn ist mit dem Dampfer „Cap Norte“ nach Europa abgereist. Die Fliegerin gedenkt in Lissabon von Bord zu gehen und von dort nach Berlin zu fliegen.

Der Reichspräsident wird im Laufe der nächsten Woche nach Neudeck reisen. Der Reichspräsident wird seine Amtsgeschäfte von Neudeck aus ununterbrochen weiterführen und durch ständige Kurriere über familiäre Vorgänge auf dem Laufenden gehalten werden.

Der neue Direktor des Arbeitsamts. Der bisherige stellvertretende Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Dr. Butler (England), ist zum Direktor des Internationalen Arbeitsamtes ernannt worden. Butler, der im 49. Lebensjahre steht, war vor seiner Berufung ins Internationale Arbeitsamt englischer Verwaltungsbeamter. Während der Friedensverhandlungen im Jahre 1919 war Butler an der Ausarbeitung des Teiles XIII des Friedensvertrages, der die Grundlage für die heutige internationale Arbeitsorganisation bildet, führend beteiligt.

Rolle spielt, sind doch allein für den Pferdeerz 8,1 Millionen Reichsmark im Etat vorgesehen.

Die Marine erfordert mit 122 Millionen Reichsmark, was eine Kürzung von 7,1 Millionen bedeutet, einen wesentlich geringeren Betrag als die Landarmee, obwohl für Kriegsschiffbauten immerhin rund 49 Millionen Reichsmark insgesamt vorgesehen sind. Es handelt sich hier vor allem um die Panzerkreuzer, von denen der Panzerkreuzer B 20,2 Millionen erfordert, während für den Bau des Panzerkreuzers C zunächst eine Rate von 5 Millionen Reichsmark im Etat untergebracht ist.

* Zur politischen Lage

Szenenwechsel in Lausanne

In Lausanne hat sich über Nacht ein Szenenwechsel vollzogen. Während bisher England und Italien Hand in Hand mit Deutschland die französische Halsstarrigkeit bekämpften, ist im Lauf dieser Woche der von uns allerdings schon längst erwartete Umfall Macdonalds Tatsache geworden. Bekanntlich hatten wir schon an dem Tage, als Macdonald zum Vorsitzenden der Lausanner Konferenz gewählt wurde, der Befürchtung Ausdruck gegeben, er werde sich schließlich doch auf die Seite Frankreichs hinüberziehen lassen oder doch eine Politik der „Vermittlung“ befürworten, die der Erkenntnis, daß die Reparationen unverzüglich und restlos verschwinden müssen, zuwiderläuft.

Französische Einflüsse sind am Werke gewesen, Macdonald umzustimmen. Und ein Teil der Bürokratie des englischen Finanzministeriums, wo man von Anfang an noch eine Abschlagszahlung Deutschlands herauspressen wollte, hat diese Einflüsse verstärkt.

Die deutsche Delegation ist bei ihrem Standpunkt geblieben. Nur für den Fall, daß man Deutschland auf allen Gebieten die Gleichberechtigung zuerkennt, und daß die deutsche Wirtschaft wieder gefundet, hat Herr von Papen die Zahlung eines freiwilligen Extrabeitrags in die Gemeinschaftskasse zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas zugesichert.

Es ist nun interessant, festzustellen, was die Gegenseite unter französischem Einfluß aus dieser Zusicherung des Reichsfinanzlers gemacht hat. Offiziell liegt ja der in den letzten Tagen so viel besprochene Vorschlag der Gläubigermächte noch nicht vor, man arbeitet noch an seiner Redigierung. Aber in seinen Grundzügen liegt er bereits fest, und er ist erstaunlich genug.

Zunächst wird mit keinem Worte von der Erfüllung unserer obersten Forderung, nämlich der Wiederherstellung der vollen Gleichberechtigung Deutschlands, gesprochen. Zweitens bewegt man sich, was die Höhe jenes „Beitrags“ betrifft, in Zahlenvorstellungen, die für uns einfach undiskutabel sind. Und schließlich ist man nach wie vor bestrebt, den Zusammenhang zwischen deutscher Abschlagszahlung und interalliierten Schulden an Amerika wieder herzustellen, in der Art, daß die Höhe des Beitrags von der Höhe der amerikanischen Restforderung abhängig gemacht werden soll.

Das alles sind gefährliche Konstruktionen. Selbstverständlich wird Amerika die Situation ausnutzen und auf einer sehr hohen Restzahlung seiner Schuldner bestehen, wenn es weiß, daß diese Schuldner ja von Deutschland den Betrag bezahlt bekommen. Noch gefährlicher aber ist der Vorschlag in seiner prinzipiellen Bedeutung. Denn, wenn er auch den Begriff der Reparationen fallen läßt und mit den Zahlen, die bisher genannt wurden, weit unter den Young-Plan heruntergeht, birgt er doch faktisch Deutschland neue Tribute auf, obwohl die ganze Welt weiß, daß wir sie nicht zahlen können.

Natürlich will man uns entsprechende Fristen setzen. Aber schon allein die Verzinsung der Schuldsumme würde uns zusammen mit den sonstigen Zinsen, die wir aufzubringen haben, derartig belasten, daß an eine Wiedergesundung der deutschen Wirtschaft und damit der Weltwirtschaft gar nicht zu denken wäre.

Nun ist ja gewiß das Ganze nur ein Vorschlag, den Deutschland annehmen oder ablehnen kann. Offenbar rechnet man auch auf der Gegenseite mit der Möglichkeit einer Ablehnung und das heißt praktisch mit der Notwendigkeit neuer Verhandlungen für die Zukunft. Deshalb hat man ja auch ein permanentes Büro der Lausanner Konferenz gebildet, um schon auf diese Weise ein offizielles Aufkliegen der Konferenz vermeiden zu können. Solange dieses Büro besteht, tagt auch die Konferenz, und solange gilt auch die bekannte Entschliebung der fünf Mächte, daß während der Dauer der Konferenz alle Schuldenabzahlungen ruhen sollen.

Die neuesten Notverordnungen

Auch die „zweite Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 28. Juni 1932“ liegt auf der Linie einer inneren Politik, die, wie kürzlich noch der württembergische Staatspräsident Dr. Volz im dortigen Landtag erklärte, im Süden nicht für richtig gehalten und nicht gebilligt wird. Doch hat es, nachdem nun einmal die Notverordnung des Reichspräsidenten

und die ergänzende „Verordnung des Reichsinnenministers über Versammlungen und Aufzüge“ vorliegen, wohl keinen Zweck mehr, diese Dinge hier von neuem aufzuführen. Es ist selbstverständlich, daß die Verordnung loyal ausgeführt werden wird.

Beachtung hat auch der Kommentar zu beanspruchen, den der Reichsinnenminister der Verordnung mit auf den Weg gegeben hat. Dieser Kommentar enthält einen Passus, dem besondere Bedeutung beizumessen ist. Es wird darin gesagt, daß der Übergang zu der von der neuen Reichsregierung gewollten Ordnung der Dinge „von kommunistischer Seite zu überfallen und örtlichen Störungen der Ordnung planmäßig ausgenutzt worden ist.“ Die energische Abweisung dieser Störungsversuche sei allein Sache der Länder, deren Polizei stark genug sei, ihre Aufgabe zu erfüllen. Die Reichsregierung habe zur Zeit keine Veranlassung irgendwelche Ausnahmemaßregeln zu ergreifen. Sie werde aber die Entwicklung genau beobachten und, wenn „wider Erwarten die Gefahr ernstlicher Ruhestörungen ihre Schotten vorauswerfen“ sollte, nicht zögern, das dann Notwendige zu tun. Diese Sätze können wohl nur so verstanden werden, daß das Reichsinnenministerium sich ein weiteres Eingreifen vorbehält, falls es der Polizei der Länder nicht gelingen sollte, der kommunistischen Störungsversuche — denn nur von diesen wird ja gesprochen — Herr zu werden.

Durch Notverordnung ist auch der Reichshaushalt für 1932 ab 1. Juli in Kraft gesetzt worden. Man mußte diesen Schritt tun, da der Reichstag aufgelöst ist, und der neue Etat bis zum 1. Juli erledigt sein soll. Der Etat zeigt Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von 8 219 252 800 RM. Auch er ist ein Etat äußerster Ersparnisse. Die Verminderung gegenüber dem Jahre 1931 beträgt 1,2 Milliarden, gegenüber dem Jahre 1930 3,7 Milliarden! Und doch haben alle Abstriche noch nicht völlig ausgereicht, so daß das Reichskabinett beschlossen hat, noch jetzt nach Verabschiedung des Etats weitere 110 Millionen zu streichen. In seinen Einnahmeschätzungen ist das Reichsfinanzministerium sehr vorsichtig. Es rechnet ohne weiteres damit, daß die tatsächlichen Einnahmen noch hinter diesen Schätzungen zurückbleiben, und daß dann neue Maßnahmen getroffen werden müssen.

Der Fehlbetrag des Rechnungsjahres 1930 (770 Millionen Reichsmark) wird im Rechnungsjahr 1932 nicht voll abgesetzt, und zwar im Hinblick auf die starke Belastung dieses Jahres und im Hinblick darauf, daß jährlich 420 Millionen Reichsmark als Ausgabe zum Zweck außerordentlicher Schuldentilgung eingestellt werden sollen. Der dann für 1932 verbleibende Rest jenes Fehlbetrags soll durch Einstellung einer gleichen Summe von 420 Millionen Reichsmark im Rechnungsjahr 1933 abgedeckt werden. Selbstverständlich wird der Haushaltsplan noch nachträglich dem neugewählten Reichstag vorgelegt werden.

Der Wahlkampf

Der Reichstagswahlkampf nimmt mit der Zeit immer lebhaftere Formen an, wenn er sich auch noch keineswegs zu voller Höhe entwickelt hat. Besonders Interesse erwecken die Bestrebungen einzelner Parteien, untereinander gewisse Wahlbündnisse einzugehen. Zustande gekommen ist bis jetzt ein solches Wahlbündnis zwischen Deutschnationalen und Deutscher Volkspartei. Es hat jedoch nur listenpolitische Bedeutung. Die Selbstständigkeit der Deutschen Volkspartei wird dadurch nicht aufgegeben. Dennoch ist der ganze Vorgang bezeichnend genug. Es ist doch eine ausgesprochene Rechtspartei, an die sich die Deutsche Volkspartei nunmehr anlehnt. Der für die Wahl selbst zu erwartende Erfolg wird sicherlich nicht ausbleiben: durch die Listenverbindungen wird es möglich sein, alle deutsch-volksparteilichen Stimmen mandatsmäßig zum Ausdruck zu bringen.

Wie gemeldet wird, soll auch bei der Wirtschaftspartei der Wunsch bestehen, eine solche Anlehnung an die Rechte zu suchen. Sehr viele Abgeordnete werden ja alle diese zusammengeschlossenen Parteien der bürgerlichen Mitte nicht in den Reichstag entenden. Aber vielleicht gelingt es einzelnen von ihnen dank solcher Listenverbindungen doch, wenigstens so viele Abgeordnete durchzubringen, daß der Eindruck, man habe es nur noch mit fossilen

Philipp-Aufführung. Unter sehr starker Beteiligung von über 2000 Personen wurde am vergangenen Sonntagabend in der St. Stephanskirche zu Konstanz im Rahmen einer Kirchenmusikalischen Andacht Opus 25 von Prof. Franz Philipp, Direktor der bad. Hochschule für Musik in Karlsruhe, „Gotteslob aus Kindermund. Der geheiligte Tag.“ Eine Folge von Kindergebeten und Choralen für Mütter und Kind, für mittlere Singstimme, Kinderstimmen, Solovioline und Orgel aufgeführt. Die Aufführung fand unter persönlicher Teilnahme des Komponisten statt und machte überwältigenden Eindruck. Die musikalische Leitung lag in Händen des Leiters des Knabenchores von St. Stephan, Kooperator Erwin Jörg, die Mezzosopranpartie sang Frau Hedwig Hilgtrainer, auf der Violine begleitete Otto Keller, an der Orgel sah Meister Philipp selber. Die Aufführung muß als in allen Teilen vorzüglich gelungen bezeichnet werden.

Erfolgreiche Werbung des Mannheimer Nationaltheaters. Es wurden bisher zirka 850 neue Mieter gewonnen, außerdem erfolgten etwa 400 Platzbestellungen für den vierten Rang. Der alte Abonnentenstand beträgt 1600, zu dem nun die neuen 1250 kommen, so daß in den nächsten Tagen wohl schon, falls, was zu hoffen ist, der Ansturm auf die Mietsen anhält, das dritte Tausend erreicht sein dürfte.

Keine Neuverpachtung des Konstanzener Stadttheaters. Von einer Neuverpachtung des Stadttheaters wird für die nächste Spielzeit abgesehen, da die Verhandlungen mit Schaffhausen und Winterthur über die Führung eines gemeinsamen Theaterbetriebes sich gescheitert haben. Es besteht aber Aussicht, daß trotzdem ein eingeschränkter Spielbetrieb durchgeführt werden kann.

Resten von Museumswert zu tun, vermieden wird. Erzwingt jede dieser kleinen Parteien der Mitte auch nur 5 bis 8 Mandate, so würde sich dann doch insgesamt eine Ziffer von etwa 30 Mandaten ergeben, und sie könnte unter Umständen bei der parlamentarischen Entwicklung im neuen Reichstag entscheidendes Gewicht erhalten.

Von sozialdemokratischer Seite sind, wie aus einem Aufruf des Parteivorstands und aus der Magdeburger Rede des Berliner Polizeipräsidenten Grzesinski hervorgeht, Aufforderungen an die Kommunisten gerichtet worden, die „gegenseitige Befämpfung einzustellen und alle Kraft gegen den gemeinsamen Gegner der Arbeiterklasse zu konzentrieren“. Diese Aufforderungen wurden, wie der Aufruf mitteilt, von den Kommunisten höhnisch zurückgewiesen; ja, ein Rundschreiben der kommunistischen Parteileitung erklärte ausdrücklich, daß „auch in den gegenwärtigen Kämpfen der Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie zu richten sei“.

Zweifellos hätten sich durch ein Zusammengehen von Kommunisten und Sozialdemokraten hier und da manche Schwierigkeiten auf dem Gebiete des politischen Kampfes ergeben. Man braucht nur an die oben zitierte Stelle aus dem Kommentar des Reichsinnenministers zu erinnern. Er erblickt in den Kommunisten die eigentlichen Störer von Ruhe und Ordnung. Vom Standpunkt einer solchen Politik des Reichsinnenministeriums aus gesehen, könnte es dann nur empfehlenswert sein, sich möglichst von den Kommunisten zu distanzieren.

Politische Zusammenstöße im In- und Ausland

Von zwei unbeleuchteten Motorrädern mit Beiwagen aus wurde in Berlin eine Anzahl von Schüssen auf einen nationalsozialistischen Trupp abgegeben. Der 32 Jahre alte Hans Steinberg wurde getötet. Zwei Verletzte wurden ins Krankenhaus gebracht.

Am Bremer Vorort Gröpelingen kam es zu Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, bei denen es zahlreiche Verletzte gab. Eine Apotheke, aus der Verbandsgewehre geholt werden sollte, wurde völlig demoliert, ein Straßenbahnwagen umgestürzt und auf die Straße geschoben, um als Barrikade zu dienen. Auch ein Mannschaftswagen der Feuerwehr wurde umgestürzt. Unter den Verletzten befinden sich ein lebensgefährlich und drei schwerverletzte SA-Leute.

Im Verlauf einer politischen Auseinandersetzung in Köln ist ein verheirateter Mann von einem Motorradfahrer durch einen Schuß so schwer verletzt worden, daß er auf dem Transport nach dem Krankenhaus starb. Nach der Tat sprang der Täter auf sein Motorrad und fuhr in schneller Fahrt davon.

Am Wiener Landtag kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten, deren Fraktionsführer eine Rede hielt, ohne daß ihm das Wort erteilt wurde. Er beschimpfte den Präsidenten des Landtages, was zur Folge hatte, daß es zwischen sozialdemokratischen und nationalsozialistischen Abgeordneten zu einem Handgemenge kam. Dabei wurde ein sozialdemokratischer Abgeordneter am Auge schwer verletzt.

Wie aus Belgrad gemeldet wird, sollte in dem mittelbalkanischen Marktsiedler aus der ehemalige Präsident der serbischen Bauernpartei und langjährige Abgeordnete, Lazitch, anlässlich des Wochenmarktes eine Rede halten. Die Gendarmen versuchten, ihn daran zu hindern, wurde aber von den Anhängern des Lazitch mit Steinen beworfen und beschossen. Sieben Gendarmen wurden verletzt. Darauf erwiderten die Gendarmen das Feuer und töteten zwei Personen, darunter auch den Mann, der geschossen hatte. Ferner wurden mehrere Bauern verletzt. In der allgemeinen Verwirrung gelang es Lazitch zu verschwinden.

Dem Rektor der Berliner Universität liegen die schriftlichen Erklärungen der studentischen Vertreter aller politischen Richtungen vor, daß die einzelnen Gruppen gewillt sind, den Burgfrieden in der Universität zu halten, damit der geregelte Lehrbetrieb aufrechterhalten werden kann, und daß sie die feste Absicht haben, sich aller Provokationen zu enthalten.

Das Verbot des „Vorwärts“. Das Reichsgericht hat das Verbot des „Vorwärts“ für zulässig erklärt. Über das Verbot der „Kölnischen Volkszeitung“ soll am Samstag entschieden werden. Auf Grund dieser Entscheidung wird nunmehr der preussische Innenminister den Polizeipräsidenten von Berlin anweisen, das „Vorwärts“-Verbot zu erlassen.

Freispruch im „Weltbühne“-Prozess. Das Schöffengericht Charlottenburg sprach den „Weltbühne“-Schriftleiter Offizier von der gegen ihn erhobenen Beschuldigung der Verleumdung der Reichswehr frei.

Wenn's Ihnen sauer aufstoßt,
weil Ihr Magen übersäuert ist, dann
tut ein Glas
**Überkinger
Adelheidquelle**
wahr Wunder. Sie bekommen sie
überall. Den interressanten Prospekt
schickt Ihnen kostenlos die
Mineralbrunnen A.-G.
Bad Überkingen

Gen.-Vertr.: Bahm & Bassler, Mineralbr.-Vertrieb, Karlsruhe,
Zirkel 30, Telefon 255.

Kleine Chronik

Zu einem aufregenden Kampf zwischen zwei Beamten der Einbrecherstreife und einem seit langem gesuchten Einbrecher kam es im Osten Berlins. Die Kriminalbeamten wurden von einer nach Hunderten zählenden Menschenmenge, die für den Einbrecher Partei ergriff, schwer mißhandelt. Mit Hilfe von Schupo konnte erst wieder die Ruhe hergestellt und der Festgenommene zum Präsidium gebracht werden.

Berlins Volksschulen werden seit einigen Tagen von mysteriösen Brandstiftungen heimgesucht. Man bezeichnet bisher neun Fälle. Am Freitag wurde ein neuer Brandfall entdeckt. Wiederum brach das Feuer in einem Klassenraum aus. Es konnte jedoch erst nach einiger Zeit durch den Einsatz von Schupo erstickt werden, bevor es größeren Umfang annahm.

An der irischen Küste ist der finnische Biermeister „Melbourne“ mit einem Tauchboot zusammengeknallt und ertrunken; elf Mann sind ertrunken.

Ein Umschwung in Lausanne?

Von ausländischer Seite wird über den Verlauf der Freitag-Verhandlungen des Büros behauptet, daß die fünf beteiligten Mächte nach dem Appell Macdonalds an Frankreich „ein weitgehendes Entgegenkommen der Franzosen in der Zifferfrage“ festgestellt hätten. Ebenso sei es gelungen, eine Alternativformel in der Frage des Sicherungsvorbehaltes wegen der Schulden an Amerika zu finden, die bedeutend elastischer gehalten sei, als frühere Vorschläge. Die neue Formel soll jedoch erst am Samstag weiterberaten werden. Der Rahmenbericht, um den es sich hier handelt, soll den deutschen Delegierten als Vorschlag der fünf Mächte unterbreitet werden.

Aber den Inhalt des Planes verlautet im Lager der an seiner Abfassung beteiligten Mächte, daß es sich dabei um den Vorschlag einer Beteiligung Deutschlands an dem Fonds Commun bei der WZB in Form von Bonds mit einer gewissen Laufzeit handle, deren Beginn abhängig wäre von bestimmten Anzeichen der allgemeinen und der deutschen Wiederaufholung. Es könne jedoch eine Anzahl von Jahren vergehen, bevor eine erste Tranche dieser Bonds durch die WZB gegeben werden darf. Diese unter allem Vorbehalt verzeichneten Angaben ausländischer Quellen sehen weiter ziffernmäßige Vorschläge variabler Natur, je nach der Entscheidung der Vereinigten Staaten in der Schuldfrage vor. Sie entziehen sich der Erörterung, solange sie nicht der deutschen Delegation vorgelegt und auf ihren Einlass mit der stets angemessenen grundsätzlichen Haltung Deutschlands geprüft sein werden.

Gerichts-Ausführungen vor dem Finanzsausschuß der französischen Kammer über die Lausanner Verhandlungen sind, wie einige Ausschussmitglieder nach der Sitzung erklärten, beifällig aufgenommen worden. Gerriot habe besonderen Wert auf die Feststellung gelegt, daß es ihm gelungen sei, die an der Reparationsregelung interessierten Hauptmächte für die französische These gewonnen zu haben. Er habe auch betont, daß er den von ihm in der Regierungserklärung schon früher vertretenen Standpunkt von der Achtung der Verträge treu geblieben sei.

Eröffnung

der Londoner Stillhaltekonferenz

Die Vertreter der privaten Gläubiger Deutschlands hielten in London eine erste Sitzung mit den Vertretern des deutschen Stillhalteauschusses ab. Auf Gläubigerseite waren neben Vertretern der Londoner Banken Delegierte aus Amerika, Frankreich, der Schweiz und Holland anwesend. Als erster Punkt wurde die Frage des Zinsfußes erörtert. Von deutscher Seite wird beabsichtigt eine Herabsetzung des Zinsfußes verlangt unter Hinweis auf den allgemeinen Niedgang der europäischen Zinssätze seit Abschluß des Stillhalteabkommens. Die englischen Bankiers sollen an einem allgemeinen Zinsfuß von 6 Proz. festhalten, während andere Gläubigervertreter noch höhere Leistungen verlangen. Immerhin spricht man schon jetzt von der Möglichkeit einer allgemeinen Herabsetzung durch gegenseitige Übereinkunft auf etwa 5 Proz.

Angeht es der bei der Deutschen Reichsbank bestehenden Schwierigkeiten für die Devisenzuteilung zur Bedung der Zinszahlungen ist man auf englischer Seite der Meinung, daß es zu einer Vereinbarung kommen könne, wonach ein Teil der Zinsen bis auf weiteres gestundet, unter Umständen tatsächlich erlassen wird. Eine allgemeine Herabsetzung der Stillhalteausgaben fällt man in Kreisen der City nicht für zweckmäßig, wenngleich man sich darüber klar ist, daß einige Schulden auf alle Fälle nur schwer eingetrieben werden können, wenn das Stillhalteabkommen abläuft. Da noch verschiedene andere wichtige Stillhaltefragen zu erörtern sind, wird erwartet, daß die Konferenz sich weit in den Juli hinein erstrecken wird.

Kurze Nachrichten

Die Amnestievorlage in Preußen. Der Verfassungsausschuß des preussischen Staatsrates beschloß mit allen Stimmen gegen die Kommunisten und bei Stimmenthaltung der Deutschnationalen, Einspruch einzulegen gegen die von einer Mehrheit des Preussischen Landtages beschlossenen umfangreichen politischen und wirtschaftlichen Amnestie. Da aber auch mehrere Fraktionen des Staatsrates der Auffassung sind, daß eine Amnestie angebracht ist, wurde weiter beschlossen, daß der Staatsrat seinerseits in Form eines Initiativgesetzes einen Amnestievorschlag auszuarbeiten will, der nicht vom juristischen Standpunkt aus so bedenklich erseheine, wie die vom Landtag verabschiedete Fassung.

Der Thüringische Landtag überwiegt am Freitag den nationalsozialistischen Antrag, die Zahl der Landtagsabgeordneten von 64 auf 48 herabzusetzen, dem Verfassungsausschuß und stimmte einem Gesuch der Staatsanwaltschaft um Aufhebung der Immunität des nationalsozialistischen Fraktions- und Gauführers Sautel zu. Der Landtag vertagte sich dann bis zum Herbst, nachdem die nationalsozialistischen und kommunistischen Anträge auf Auflösung des Landtags abgelehnt worden waren.

Keine Verfassungstagfeier in Anhalt. Das anhaltische Staatsministerium hat angeordnet, daß öffentliche Feiern von Staatsbehörden und Schulen am Verfassungstage nicht stattfinden.

Steigen der Bohnfabrikwerkslofen in den Landkreisen. In den deutschen Landkreisen ist die Zahl der Bohnfabrikwerkslofen auf 810 000 am 31. Mai 1932 gestiegen. Gegenüber dem Vortage bedeutet das eine Steigerung um nahezu 2 Prozent, gegenüber dem Vorjahre um 136 Prozent.

Reichsbahn fordert Inkrassierung der Kraftwagenverordnungen. In den Beratungen des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahngesellschaft wurde festgestellt, daß die Kraftwagenverordnung, die bereits acht Monate in Kraft ist, bis her so gut wie nicht durchgeführt worden sei. Der Verwaltungsrat hat den Generaldirektor beauftragt, bei der Reichsregierung die dringende Vorstellung zu erheben, daß der ernsthafteste Versuch gemacht wird, die Verordnung durchzuführen.

Eine deutsche Schule in Belgrad. Im Beisein des Vertreters des Unterrichtsministers, des deutschen Gesandten v. Gasa, des österreichischen Gesandten und unter starker Anteilnahme der deutschen Kolonie fand in Belgrad die feierliche Grundsteinlegung zur deutschen Schule statt, die von der evangelischen Kirchengemeinde zusammen mit dem Deutschen Schulverein Belgrad an Stelle der bisherigen deutschen Schule errichtet wird.

Ein polnisches Memorandum. Die polnische Delegation übergab Macdonald ein Memorandum, das sich neben der Reparationsfrage als solcher eingehend mit der weltwirtschaftlichen und der besonderen wirtschaftlichen Lage der östlichen und südöstlichen europäischen Mächte beschäftigt und bestimmte Anregungen enthält.

Im englischen Unterhaus erklärte der Schatzkanzler, die Regierung beabsichtige, den Zinsfuß der Prozentigen Anleihe ab 1. Juni 1933 auf 3½ Proz. herabzusetzen.

Badischer Teil

Jugendbesch und Gefangenenerziehung

Das hundertjährige Bestehen der Gefangenenerziehung in Baden gab dem Bezirksverein für Jugendbesch, Gerichtshilfe und Gefangenenerziehung in Karlsruhe Anlaß, mit einem **Werkabend** an die Öffentlichkeit zu treten. Zu der gut besuchten Veranstaltung waren u. a. erschienen: Ministerialdirektor Dr. Schmidt, Oberlandesgerichtspräsident Dr. Buzenberger, Generalstaatsanwalt Dr. Saffner, Landgerichtspräsident Dr. Rudmann und als Vorsitzender des Badischen Landesverbandes für Jugendbesch, Gerichtshilfe und Gefangenenerziehung, Ministerialrat Dr. Umbauer. Der Vorsitzende des Karlsruher Bezirksvereins, Regierungsrat Dr. Winkler, konnte in seiner Begrüßungsansprache ferner zahlreiche Vertreter karitativer Vereinigungen in Karlsruhe und behördlicher Fürsorgestellen begrüßen. Aus dem Rückblick, den der Vorsitzende über die hundertjährige Geschichte der Gefangenenerziehung in Karlsruhe gab, ist folgendes bemerkenswert:

Die Gründungstage der — früher getrennten — Bezirksvereine Karlsruhe-Land und Karlsruhe-Stadt sind der 2. Mai 1832 und der 24. August 1838. Nach Abschluß des geschichtlichen Rückblicks legte der Vorsitzende an Hand der Gründungsdenkschrift des Heidelberger Universitätsprofessors Karl Josef Anton Mittermaier von 1830 und aus späteren Denkschriften und Aufzügen dar, aus welchen Überlegungen man schon immer von der Notwendigkeit einer besonderen Betreuung der Straftatklaffen überzeugt war. Nach einer eindringlichen Aufforderung des Vorsitzenden, die Bestrebungen des Vereins durch Erwerb der Mitgliedschaft und durch sonstige Spenden zu unterstützen, ergriff der Medizinalreferent für Jugendbesch, Prof. Dr. Gregor, das Wort zu seinem Vortrag über „Zeitgemäße Aufgaben in der Fürsorge für Kriminelle und Verwahrloste“.

Gegenstand des Vortrags bildeten wissenschaftliche Untersuchungen über die **Lebensschicksale von Fürsorgezöglingen**, die vor 6 bis 7 Jahren aus dem Erziehungsheim Schloss Flehingen entlassen wurden. Das Ergebnis war ein überraschend gutes. Trotz der Ungunst der Zeit hatten 66 Prozent dieser früher erziehbaren Jugendlichen eine einwandfreie Lebensführung gezeigt, in 11 Prozent waren noch kleinere Rückfälle in die frühere Lebensweise vorgekommen, während 23 Prozent ihr auf neue verfielen. Dieses günstige Resultat ist vor allem darauf zurückzuführen, daß eine im Jahre 1922 vom Justizministerium durchgeführte Reorganisation der Anstalt erst von da an den in ihr tätigen Persönlichkeiten eine Entfaltung ihrer erzieherischen Kräfte ermöglichte, dazu kam auch der Umstand, daß in Flehingen und ganz Baden durch fachärztliche Mitwirkung am Erziehungsamt den Belangen der vielfach abnormen Zöglinge besser entsprochen wurde. Eine sehr starke Förderung hat die Pädagogik der Verwahrlosten auch durch die in den letzten Jahren erfolgte glückliche Entwicklung der Charakterologie erfahren. Das heute hochentwickelte Erziehungsamt ist in doppelter Weise von Sparsamkeit ergriffen. Fürs erste besteht die Keimung, Fälle zu verschleppen oder zu spät der Erziehungsanstalt zuzuführen, fürs zweite muß auch der erzieherische Apparat durch unsichthige Beschränkungen leiden und an Wirksamkeit verlieren. Sehr gegenständig hat sich im Kampf gegen die leidende Verwahrlosten die offene Fürsorge für Pechopaths und schwer erziehbare Kinder und Jugendliche erwiesen, wie sie heute in Karlsruhe durch die vom Vortragenden geleitete heilpädagogische Elternberatung des Jugendamts und den heilpädagogischen Sort geübt wird. In außerordentlichem Maße wirken auch die nachgehende Fürsorge entlassener Zöglinge. Stehen geeignete Kräfte zur Verfügung, welche die an der Anstalt begonnene Erziehungsarbeit fortsetzen, dann können die Jugendlichen viel früher dem sozialen Leben zugeführt werden. Der Vortragende forderte jene Zuhörer, die im Sinne Sprangers der sozialen Lebensform angehörten, auf, sich dieser Seite der Vereinsstätigkeit zu widmen.

Die Wahlen zur Landes Synode

Am 10. Juli finden, wie schon berichtet, die Wahlen zur Landes Synode der Evang.-protestantischen Landeskirche statt. Wahlvorstandsgremien haben eingereicht: die kirchlich-positivistische Vereinigung, die kirchlich-positivistische Vereinigung für positives Christentum und deutsches Volkstum, die kirchlich-liberale Vereinigung und der Volkskirchenbund evangelischer Sozialisten. Die bisherige Landes Synode setzte sich zusammen aus folgenden Gruppen: kirchlich-positivistische Vereinigung mit 29 Abgeordneten, kirchlich-liberale Vereinigung mit 18 Abgeordneten, Landeskirchliche Vereinigung mit 8 Abgeordneten, und Volkskirchenbund evangelischer Sozialisten mit 7 Abgeordneten. Die Landeskirchliche Vereinigung hat von der Aufstellung eigener Listen bei dieser Wahl abgesehen. Neu aufgetreten ist die kirchlich-positivistische Vereinigung für positives Christentum und deutsches Volkstum.

Die Lage der Landwirtschaft

Die vielen Niederschläge der vergangenen Wochen waren im Hinblick auf die geringe Winterfeuchtigkeit in diesem Jahre für die Landwirtschaft sehr wertvoll; sie haben jedoch die Maßnahmen für die Saatpflege erheblich erschwert, so daß vielerorts Verunreinigung der Getreide- und Hackfruchtfrüchte feststellbar ist.

Die **Ernte** konnte während der kurzen Schönwetterperiode in der Rheinebene Mitte Juni größtenteils eingebracht werden. In den höheren Lagen, insbesondere im Schwarzwald, sind die Arbeiten noch im Rückstand. Mengemäßig ist der Ausfall der Ernte nicht so günstig, wie man bisher allgemein angenommen hat. Das Getreide zeigt durchweg einen befriedigenden bis guten Stand. Auch die Sommerfrüchte sind sehr gut aufgelaufen und berechtigen zu den besten Hoffnungen. Auch die Hackfruchtfrüchte stehen recht zufriedenstellend. — Die Frühkartoffelernte ist seit einigen Tagen im Gange.

Das **Auspflanzen des Tabaks** konnte in diesem Jahre nicht so frühzeitig begonnen werden, wie es die Pfälinger sonst gewohnt sind, da die Anzucht der Setzlinge große Schwierigkeiten bereitet. Die **Kopfanlagen** stehen im großen und ganzen zufriedenstellend. Leider mußte verschiedentlich Peronospora-Befall festgestellt werden.

Die **Aussichten über den Ernteausfall beim Obst** sind sehr unterschiedlich. Äpfel liefern nur etwa Mittelertrag. Das übrige Obst, Pflaumen und Zwetschen, verspricht einen besseren Ertrag. Ebenso sind die Aussichten beim **Beerenernte** gut. Das **Kornobst** verspricht in diesem Jahre eine geringe Ernte. Im Weinbau machen sich die Auswirkungen der Frühfröste im September und Oktober 1931 stellenweise bemerkbar.

Die **Großviehpreise** haben in den letzten Wochen auf den badischen Schlachtmärkten etwas angezogen. Die **Kalberrpreise** erlitten dagegen teilweise einen Rückgang. — Bei den **Schweinen** machte sich ein leichtes Ansteigen der Preise bemerkbar. Die **Eierpreise** sind nach wie vor wenig günstig.

Das Badische Gesetz- und Verordnungsblatt (Nr. 35) enthält das vom Badischen Landtag verabschiedete Finanzgesetz.

Gemeinderendbesch

Die **Gemeinden im Wiesental** befinden sich in schwieriger Lage. Den im Voranschlag von Zell i. W. für 1932 vorgesehenen Einnahmen von 341 122 M, deren tatsächlicher Eingang infolge der Wirtschaftslage fraglich ist, stehen Ausgaben von 483 865 M gegenüber. Der ungedeckte Aufwand beträgt somit 142 643 M. Für Armen- und Wohlfahrtspflege sieht der Voranschlag allein den Betrag von 174 000 M vor, also etwas über ein Drittel aller Ausgaben. Die Reichsparcien stellten daher im Gemeinderat den Antrag, dem Bezirksamt von der äußerst schwierigen Lage der Gemeinde Mitteilung zu machen, damit die Aufsichtsbehörde helfend eingreift. Auch in Hüß bei Zell ist die Finanzlage katastrophal. Der Voranschlag schließt in Einnahmen mit 482 M ab und in Ausgaben mit 15 670 M. Der Zellbetrag von 10 849 M sollte auf die Ortsteuern umgelegt werden wie folgt: 68 M vom Liegenschaftsbesitzer, 27 M vom Betriebsbesitzer und 507 M vom Gewerbebeitrag. Der Voranschlag wurde aber in der Bürgerausschuss-Sitzung mit 11 gegen 9 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

Der **Bürgerausschuss der Gesamtgemeinde Mengenschwand** hat den Voranschlag für 1932/33 genehmigt. Die Einnahmen und Ausgaben sind mit 24 600 M ausgeglichen und um fast 6000 M niedriger als im Vorjahr. Im Voranschlag sind 4100 M für Schuldenentlastung und 2200 M für den Bezirksfürsorgeverband und die Armenpflege vorgesehen. Die Voranschläge der Einzelgemeinden Vorder- und Hintermengen-schwand sind noch nicht verabschiedet.

Aus der Landeshauptstadt

Zum 21. Deutschen Feuerwehrtag bringt der **Hauptauschuss** eine größere Tagungschrift heraus, die neben der ausführlichen Teilerörterung eine Reihe bemerkenswerter Beiträge aus dem Gebiete des Feuerwehrwesens enthält. Über den gegenwärtigen Aufbau der Feuerwehren in Deutschland, in Baden und in Karlsruhe werden drei Beiträge aus sachkundigen Federn Aufschluß geben. Die an den Feuerwehren interessierten Kreise und die Wehren selbst werden sich besonders Interesse für diese Aufsätze widmen, welche die Geschichte des Feuerwehrwesens in Deutschland und die Entwicklung der heutigen Feuerwehren aus den einstmaligen Bürgerwehren aufzeigen.

Rundgebung der NSDAP. Die Freitag abend von der NSDAP in der großen Festhalle veranstaltete Rundgebung mit Unformappell der SA und anschließendem Fackelzug ist im allgemeinen ruhig verlaufen. Die Polizei hatte erhöhte Alarmbereitschaft eingelegt. Während des Fackelzuges der NSDAP kam es an verschiedenen Stellen der Kaiserstraße zu Provokationen von Andersgesinnten, die in zwei Fällen ein solches Ausmaß annahm, daß die Polizei einschreiten mußte, um Schlägerereien zu verhüten. Zwei Personen mußten dabei festgenommen werden. Nach Beendigung des Fackelzuges kam es in der Rheinstraße, in der Müppertstraße sowie in Durlach zu Angriffen von politischen Gegnern auf heimkehrende Nationalsozialisten. Ein 21 Jahre alter Teilnehmer aus Durlach wurde dabei erheblich verletzt. Die Polizei nahm mehrere Personen als vermeintliche Täter fest, die jedoch nach Gegenüberstellung mit dem Mißhandelten wieder entlassen wurden, da ihnen eine Täterschaft nicht nachgewiesen werden konnte. Während der Fahrt heimkehrender Nationalsozialisten durch Durlach wurden die Wagen in mehreren Fällen von politischen Gegnern mit Steinen beworfen. Es gab dabei zertrümmerte Scheiben und einige Leichtverletzte. Zwei der Täter wurden wegen Vergehens gegen das Waffengesetz mit Haftstrafen bestraft, desgleichen ein Nationalsozialist, der mit einem Fackelstiel im Stiefel gefaßt wurde.

Sommer-Operette im Städtischen Konzerthaus. Als zweite Vorstellung der Sommer-Operette wird heute abend die **Lehr-jüch Operette „Friederike“** gegeben, die wohl zu den größten Operettenerfolgen des Komponisten zählt. In den Hauptrollen sind die Damen Bauer, Oberl und Schwarz, sowie die Herren Piermont, Schürer, Torff, Schönholzer, Wacker, Böser und Meher beschäftigt. Es sei ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß die Vorstellung um 19.30 Uhr beginnt.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe vom Samstagmorgen: Im Laufe des gestrigen Tages, der das Aufziehen der Bewölkung vor einer Front in typischer Folge brachte, ist das Wetter bei uns wieder schlecht geworden. In den Nachmittagsstunden, während es außerordentlich schwül war und zum erstenmal 30 Grad in diesem Jahre erreicht wurden, setzte leichter Regen ein, wobei in Nordbaden vorübergehend leichte Gewitter auftraten. Seither hat es mit nur kurzen Unterbrechungen weiter geregnet. Deutschland befindet sich nunmehr ganz im Bereiche der ozeanischen Luft, die an der Südseite der bei Schottland noch liegenden Zirkone mit westlichen Winden heranbeijährd wird. Da der Druck im Südwesten steigt, wird es zwar zeitweilig aufheitern, doch steht weiterhin unbeständiges Wetter bevor. **Vorausgabe:** Weiterhin etwas kühler, zeitweise gewittrige Regenschauer und heftige Westwinde.

Wasserstände: Walsbüt 343 plus 4, Basel 144 minus 6, Schupferinsel 207 minus 5, Kehl 350 minus 12, Warau 517 plus 2, Mannheim 413 plus 10, Caub über 200 Zentimeter.

Kurze Nachrichten aus Baden

DJ. Mannheim, 1. Juli. Vor dem Schöffengericht hatte sich eine **zweiföpfige Diebes- und Hehlbande** zu verantworten. Es handelte sich um den am 3. März d. J. im Geschäftsgelände der Firma Weil & Reinhardt in Heinau verübten Einbruch, bei dem die Diebe einen Betrag von 4397 M erbeuteten. Außerdem hatten sie aus einer Schreibtischschublade im Direktionszimmer zwei Pistolen und eine Herrenuhr geraubt. Von den Angeklagten, die sämtlich aus Heinau stammen, erhielten zehn Gefängnisstrafen von zwei Jahren neun Monaten bis herab von einem Monat. Eine Ehefrau wurde mangels Beweises freigesprochen, ein weiterer Angeklagter wegen Vergehens gegen das Schußwaffengesetz mit 60 M Geldstrafe bestraft.

Waldheim, 2. Juli. Die **Ursache des Großfeuers** im Birkenauer Tal, dem die Fabrikanlage der Weinheimer Gummiabrik zum Opfer fiel, ist bis zur Stunde noch nicht geklärt. Für die drei schwerverletzten Werksarbeiter Heinrich Blank, Peter Schütz und Paul Spahn besteht keine Lebensgefahr mehr, doch sind ihre Verletzungen teilweise ziemlich schwer. Das Fabrikgebäude ist bis auf die Grundmauern niedergebrennt; nur das Wohnhaus und Maschinenhaus konnte gerettet werden. Die gesamten Maschinenanlagen sind ein Raub der Flammen geworden. Der Betrieb war technisch modern eingerichtet und mit den neuesten Maschinen ausgestattet. Auch der Materialschaden ist erheblich. So sind a. B.

zirka 8-10 000 Fahrraddeden, Mahummi, Bedworen und das reichhaltige Chemikalienlager dem Feuer zum Opfer gefallen. Durch den Brand wird die Fabrikation in den Betrieberräumen in der alten Landstraße nicht beeinträchtigt.

Waldheim, 1. Juli. Vor dem Erweiterter Schöffengericht ist nach viertägiger Dauer ein **Miefenbetrugsprozess** zum Abschluß gekommen, der ein typisches Bild der wirtschaftlichen Nachkriegsverhältnisse aufrollte und weit über die Rahmen der zahlreichen Betrugsfälle hinausgeht. Angeklagter waren der 29jährige Uhrenhändler Rius King von Waldheim und dessen 28 Jahre alte Ehefrau, ferner der 31 Jahre alte Kaufmann Arnold a Campo von Frankfurt a. M., der 36jährige Kaufmann Franz Rodel von Kellheim, der 33jährige Kaufmann Heinrich Bohner aus München und der 40 Jahre alte Dr. jur. Eberhard Friedrich von Kalm. Die Anklage legt ihnen zur Last, in der Zeit von Herbst 1929 bis Sommer 1930 in zahllosen Fällen durch faule Wechsel Waldheimer und Schweizer Fabrikanten um rund 70 000 M. geschädigt zu haben. Das Gericht fällt folgendes Urteil: Rius King erhält eine Gefängnisstrafe von einem Jahr, seine Frau eine solche von sechs Monaten, Frhr. v. Kalm wurde gleichfalls zu sechs Monaten und zwei Wochen Gefängnis verurteilt, der Angeklagte Bohner erhielt zwei Jahre Zuchthaus. Die Angeklagten a Campo und Rodel wurden freigesprochen.

Waldheim, 2. Juli. Unter der Überschrift „**Falschmünzer in Straßburg**“ macht der „Ehfer“ interessante Mitteilungen über die Vorgänge, die zur **Aufdeckung des Kehler Falschmünzernetzes** geführt haben. Danach hat im Februar d. J. eine in den 40er Jahren stehende Dame in einem Straßburger Betrieb einige Tausend Messingplättchen bestellt, die angeblich für einen Spielautomaten verwendet werden sollten. Dem Metallarbeiter, der die Plättchen drehte, kam die Sache verdächtig vor, da er sich daran erinnerte, einmal ein deutsches Fünfmarkstück gehabt zu haben, das etwa die gleiche Größe hatte wie die bestellten Plättchen. Er ließ sich von einem Bekannten ein deutsches Fünfmarkstück zeigen und machte dabei die überraschende Feststellung, daß es sich bei den bestellten Plättchen genau um die Maße eines deutschen Fünfmarkstücks handelte. Er machte darauf sofort seiner Firma Mitteilung, die ihrerseits die Polizei verständigte. Als die Dame dann einige Tage später mit ihrem Begleiter wieder bei der Firma vorsprach, alarmierte diese die Polizei, die die beiden Falschmünzer sofort verhaftete. Wie wir erfahren, handelt es sich bei den Festgenommenen um einen gewissen Bümann, der sich als Naturheilkundiger in der Kehler Gegend niedergelassen hat, und dessen Freundin, die ihm treue Dienste leisten mußte. Beide standen mit einer Falschmünzergentrale in Mainz und Frankfurt in Verbindung, wo ebenfalls einige Verhaftungen vorgenommen werden konnten.

Waldheim, 1. Juli. Der **Verein Kaiserstübler Frühkartoffel- und Frühgemüseerzeuger** hat am 21., 24. und 27. Juni die ersten Frühkartoffelmärkte in Waldheim abgehalten. Die ersten Preise bewegten sich zwischen 7 und 7,50 M. pro Zentner, gingen aber bereits beim zweiten Markt auf 5,50 bis 6 M. je Zentner zurück. Die Ursache für die ungünstige Preisentwicklung ist in der starken ausländischen Konkurrenz zu erblicken. Es wurden in den letzten Tagen belgische und italienische Frühkartoffeln zu 4 und 4,50 M. je Zentner angeboten. Es muß befürchtet werden, daß wenn die deutsche Erzeugung in größerem Umfang auf den Markt kommt, die Preise bereits vollkommen zusammengebrochen sind, wenn nicht die übertriebenen Einfuhren abgehalten werden.

DJ. Freiburg i. B., 1. Juli. Der **frühere Vorstand des Stadtsekretariats**, Oberstadtschreiber a. D. **Ferdinand Goeringer**, beging in körperlicher und geistiger Rüstlosigkeit seinen 70. Geburtstag. Goeringer hat nahezu 30 Jahre im Dienste der Stadt Freiburg gestanden.

Waldheim, 30. Juni. Als bei einem **schweren Gewitter** die auf dem Felde beschäftigten Heulente Jauch unter einem **Reisbaum** Schutz suchten, schlug der Blitz in diesen Baum. Die Frau wurde **sofort getötet**; der einige Meter von ihr entfernt stehende Mann erlitt **schwere Brandwunden**. Die Frau hinterläßt 6 Kinder, von denen noch 4 die Schule besuchen.

DJ. Waldshut, 2. Juli. Zwischen Laibstadt und Schwaderloch, auf schweizerischem Gebiet, ereignete sich auf dem Rhein ein **schweres Faltbootunglück**. Vom Ufer aus sah man mittig im Rhein ein gefentertes Faltboot treiben, an dem sich **drei junge Männer** festhielten, die langsam in den Fluten versanken. Hilfeleistung war unmöglich. Auch das Faltboot konnte nicht sichergestellt werden. Man muß annehmen, daß die drei **Zusassen ertrunken** sind. Ihre Identität steht noch nicht fest.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

	2. Juli		1. Juli	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	170.28	170.62	170.13	170.47
Kopenhagen 100 Kr.	82.02	82.18	82.17	82.33
Italien 100 L.	21.50	21.54	21.45	21.49
London 1 Pf.	15.06	15.10	15.08	15.12
New York 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris 100 Fr.	16.55	16.57	16.535	16.575
Schweiz 100 Fr.	82.77	82.33	81.92	82.08
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Prag 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 30. Juni 1932 hat sich in der **Ultimowoch** die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um 391,3 Mill. M. auf 3728,1 Mill. M. erhöht. An **Reichsbanknoten** und **Rechenbanknoten** zusammen sind 281,6 Mill. M. in den Verkehr abgeflossen. Die Bestände der Reichsbank an **Rechenbanknoten** haben sich auf 15,5 Mill. M. ermäßigt. Die fremden Gelder zeigen mit 472,7 Mill. M. eine **Zunahme** um 72,3 Mill. M. Die Bestände an **Gold** und **bedungungsfähigen Devisen** haben sich um 0,5 Mill. M. auf 961,9 Mill. M. erhöht. Die **Deckung der Noten** durch **Gold** und **bedungungsfähige Devisen** betrug am Ultimo 24,1 Prozent gegen 25,9 Prozent am 23. Juni d. J.

Devisenerleichterungen nach der Tschechoslowakei. Zwischen den tschechoslowakischen und deutschen Regierungsvertretern ist in Prag eine Einigung erzielt worden, welche die **Bereitstellung von Zahlungsmitteln** für Erholungsfeldende aus den beiderseits eingefrorenen Guthaben bezweckt. Den **deutschen Reisenden** nach den tschechoslowakischen Kurorten und **Sommerfrischen** wird neben den obligaten 200 M. noch eine **Zusatzgenehmigung bis zu 500 M.** erteilt, so daß sie an **Zahlungsmitteln** über monatlich bis zu 700 M. für jede **physische Person** verfügen können. Diese **Vereinbarung** tritt **sofort in Kraft**, doch wird ihre **technische Durchführung** noch einige Tage in Anspruch nehmen.

Die **Zahl der Konturie** im Juni ist gegenüber dem Vormonat zurückgegangen.

Metallwarenfabrik Wilhelm Wolff AG, Pforzheim. Von der Generalversammlung wurden folgende Vorschläge angenommen: Die im vergangenen Jahre erworbenen nominalen 100 000 RM. eigenen Aktien werden eingezogen. Das dann verbleibende Aktienkapital von 1,6 Millionen Reichsmark wird im Verhältnis von 1:2 auf 800 000 RM. in der Weise zusammengelegt, daß der Nominalbetrag jeder Aktie von 400 auf 200 RM. herabgesetzt wird. Einige Satzungsänderungen wurden ebenfalls einstimmig angenommen. Ein Vorschlag eines Aktionärs, den Betrieb auf ein Jahr stillzulegen, wurde mit Rücksicht auf die Gefahren, die damit verbunden wären, abgelehnt. Der Aufsichtsrat wurde wiedergewählt.

Staatsanzeiger

Lotterie.
Dem Verein Studentenhilfe e. V. in Heidelberg und dem Verein Studentenhilfe e. V. in Freiburg wurde die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Losbriefflotterie erteilt.
Karlsruhe, den 29. Juni 1932.
Der Minister des Innern.

**Bekanntmachung
Regierungsbaumeisterprüfung im
Hochbaufach 1932.**

Die Regierungsbauführer Ernst Baris aus Weinheim, Erich Baumert aus Neustadt bei Karlsbad, Friedrich Jukler aus Schopfheim, Anton Ohnmacht aus Freiburg, Erhard Schäffner aus Weinheim, Leonhard Schort aus Mannheim haben sich der diesjährigen Staatsprüfung im Hochbaufach unterzogen; sie sind für bestanden erklärt und zu Regierungsbaumeistern ernannt worden.
Karlsruhe, den 30. Juni 1932.
Der Minister der Finanzen
J. V.: Sammet.

Zur Ruhe gefehrt:
Förster Wilhelm Schäfer beim Forstamt Emmendingen.
In den Ruhestand veretzt:
Güteroberaufseher Emil Pfister in Weuggen.
Gestorben:
Forsttrat Johann Gund in Gerlachshausen.

Badisches Landestheater Karlsruhe

Sommeroperette im Städt. Konzerthaus.
Spielplan vom 4. bis 10. Juli 1932.
Montag, 4. Juli. Frühlingsluft. 20 bis gegen 23 (2,60).
Dienstag, 5. Juli. Frühlingsluft. 20 bis gegen 23 (2,60).
Mittwoch, 6. Juli. Frühlingsluft. 20 bis gegen 23 (2,60).
Donnerstag, 7. Juli. Frühlingsluft. 20 bis gegen 23 (2,60).
Freitag, 8. Juli. Frühlingsluft. 20 bis gegen 23 (2,60).
Samstag, 9. Juli. Zum ersten Mal: Gräfin Mariza. Operette von Julius Brammer und Alfred Grünwald. Musik von Emmerich Kalman. 20 bis gegen 23 (2,60).
Sonntag, 10. Juli. Frühlingsluft. 10.30 bis gegen 22.30 (2,60).
In Vorbereitung: „Die Dollarprinzessin“, „Die Geisha“.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhestellungen usw. der planmäßigen Beamten
Aus dem Bereich des Finanzministeriums:
Planmäßig angestellt:
Forstassistent Karl Weyel beim Forstamt Weinheim.

Bekanntmachung

Landessynodalwahl betr.
In der evang.-prot. Kirchengemeinde Karlsruhe wird gewählt am
Sonntag, den 10. Juli 1932,

im Anschluß an den Hauptgottesdienst von vormittags 11^{1/2} Uhr bis nachmittags 6 Uhr.
Wahlberechtigt sind alle Mitglieder der bad. Landeskirche ohne Unterschied des Geschlechts, die am Wahltag das 25. Lebensjahr vollendet haben und nach § 10 der Kirchenverfassung vom Stimmrecht nicht ausgeschlossen sind. Gewählt wird in 19 Stimmbezirken, welche folgende Pfarrsprengel umfassen und nachstehende Wahlräume haben:

Stimmbezirk 1 und 2 für das Abfahrtsfaciat mit Wahlräumen im Gemeindehaus Wiltgestraße und Schulhaus Darlanden.
Stimmbezirk 3 für die Karl-Friedrich-Pfarrei mit dem Wahlraum in der Karl-Friedrich-Gedächtniskirche.
Stimmbezirk 4 für die Lukaspfarre mit dem Wahlraum im Evang. Gemeindehaus zu den drei Linden, Rheinstraße 14.
Stimmbezirk 5 für die Markuspfarre mit dem Wahlraum in der Turnhalle der Lessingsschule, Sofienstraße 147 (Eingang Gabelsbergerstraße).

Stimmbezirk 6 für die Christophpfarre I mit dem Wahlraum im Konfirmandensaal der Christuskirche.
Stimmbezirk 7 für die Christophpfarre II mit dem Wahlraum im Konfirmandensaal, Westendstraße 35.
Stimmbezirk 8 für die Schloßpfarre mit dem Wahlraum im Konfirmandensaal, Stefanienstraße 22.
Stimmbezirk 9 für die Mittelpfarrei mit dem Wahlraum im Konfirmandensaal, Lammstraße 23.
Stimmbezirk 10 für die Altstadtpfarre I mit dem Wahlraum im Konfirmandensaal, Waldhornstraße 11.
Stimmbezirk 11 für die Altstadtpfarre II mit dem Wahlraum in der Adolphschule, Markgrafenstraße 28.

Stimmbezirk 12 für die Lutherpfarre mit dem Wahlraum im Konfirmandensaal der Lutherkirche.
Stimmbezirk 13 für die Gottesauerpfarrei mit dem Wahlraum in der Tullaschule I, Tullasstraße.
Stimmbezirk 14 für die Rintheimer Pfarrei mit dem Wahlraum im Evang. Gemeindehaus, Hauptstraße 67.
Stimmbezirk 15 für die Johannispfarre mit dem Wahlraum im Gemeindehaus Luisenstraße 53, Eingang Luisenstraße.
Stimmbezirk 16 für die Pauluspfarre mit dem Wahlraum im Gemeindehaus Luisenstraße 53, Eingang Marienstraße.

Stimmbezirk 17 für die Matthäuspfarre mit dem Wahlraum im Kirchenaal, Hochstraße 47.
Stimmbezirk 18 und 19 für die Melancthonpfarre mit den Wahlräumen im Gemeindeaal, Tauberstraße 6, und Gemeindehaus Weiertheim, Weierstraße 49a. Einzelheiten über die Abgrenzung der Stimmbezirke, über den Kreis der Wahlberechtigten und die Ungültigkeit von Stimmzetteln können eingesehen werden bei den Pfarrämtern, auf dem Evang.-Gemeindeamt, Lammstraße 23, und in den Anschlägen an den Wahlräumen. Weiteres, insbesondere ein genaues Straßenverzeichnis der Stimmbezirke, enthält der letzte vor der Wahl erscheinende Evang.-Gemeindebote. 2.942

Karlsruhe, den 28. Juni 1932.
Der Evang.-prot. Kirchengemeinderat:
Dr. Döfner.

Schütze dein Leben!

mit wasserscheinfreien
schleib. Bleistiften
für Gas u. Schreckschreib.
Vertreter bei hoher Provision
gesucht unt. 1946 an die Exped.
der Karlsruher Zeitung, Karlsruhe,
Karl-Friedrich-Straße 14.

§ 42. Überlingen. In dem Kontursverfahren über das Vermögen der Firma Karl Trunz, Weingroßhandlung in Weersburg soll die Schlussverteilung erfolgen. Dazu sind nach Begertigung der bevorrechtigten Forderungen 1634 RM verfügbar. Zu berücksichtigen sind Forderungen zum Betrage von 286 036 RM. Das Schlussverzeichnis liegt auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Überlingen zur Einsicht aus. Überlingen, den 1. Juli 1932.
Der Verwalter:
Fritz Mangold.

§ 40. Bruchsal. Das Kontursverfahren über das Vermögen des Eduard Albrecht, Schulmachersmeister in Langenbrüden wurde nach Abhaltung des Schlusstermins aufgehoben. Bruchsal, 30. Juni 1932, Amtsgericht IV.

Bad. Forstamt Gengenbach verpachtet vorbehaltlich der Genehmigung des Ministeriums der Finanzen — Forstabteilung — die Steingewinnung im unteren Sauersteinbruch (Sauersteinporphyr) nebst den noch vorhandenen Gebäuden und Anlagen auf eine Pachtdauer von 10 Jahren.

§ 39. Nähere Auskunft und Angebotsformulare durch das Forstamt, wo die Pachtbedingungen einzusehen sind. Pachtliebhaber müssen sich als geeignet, fachkundig und finanziell leistungsfähig ausweisen können.

Angebote sind bis Montag, den 11. Juli 1932, nachmittags 5 Uhr, mit der Aufschrift „Sauersteinbruch“, bei dem Forstamt verschlossen einzureichen. Der Zuschlag erfolgt innerhalb 14 Tagen.



BRIKETTS

**Asphaltierungen
Isolierungen**
führt aus
**Rheinische Asphalt- und
Zementplattenfabrik**
O. m. S. S.
Karlsruhe-Hafen

**PORPHYRWERK
DOSENHEIM**
HANS WATTEL
DOSENHEIM, K. B. 10378
Lieferung aller Holzwerkstoffe
ersterklassiger
**STRASSENBAU-
MATERIAL**

**Volksschauspiel Oetigheim
bei Baden-Baden**

Jeden Sonntag 700
12. Juni bis 2. Oktober Mitwirkende L. 906

WILHELM TELL

Anfang 2 Uhr Eintritt von RM. 1,— an
Vorverkauf Karlsruhe: Herdersche Buchhandlung, Musikhaus Müller, Germaniakiosk, Verkehrsverein, Kaiserstr.

Anzeigen in der
Karlsruher Zeitung
(Bad. Staatsanzeiger)
haben großen Erfolg

Trieb. § 41
Güterrechtsregistereintrag zu Seite 17: Reiterer, Karl Friedrich, Diplomingenieur in Dornberg im Schwarzwald und Margarethe geb. Kunstler. Vertrag vom 20. Juni 1932. Gütertrennung. Trieb. 30. Juni 1932. Amtsgericht.

Formulare

und sämtliche Drucksachen für Behörden liefert prompt und preiswert
G. Braun GmbH.
vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe, Karl-Friedrich-Str. 14.
Tel. 952/54

DKW Wagen sind wirtschaftlicher!

NIEDRIGE STEUER • BILLIGE VERSICHERUNG • SPARSAMER BETRIEBSSTOFF-VERBRAUCH



MEISTERKLASSE
Frontantrieb

Frontantrieb-Zweitakter • erhöhte Leistung • Schwingachsen-Dynastart • luxuriöse Ausstattung • elegante Linienführung • Jahressteuer nur 76,- RM. • Billigste Versicherung • Ferner die anderen bewährten Frontantriebtypen

von 1685,- RM., bis 2495,- RM. ab Werk

Hervorragendes Anzugsmoment • Erstaunliche Kurvensicherheit • Ausserordentlicher Stunden-durchschnitt • Größte Bequemlichkeit • Lange Lebensdauer

DKW

Vierzylinder-Zweitakter 1900 ccm (4+8) • Schnellgang • Oeldruck-Vierradbremse • In der Leistung ebenbürtig den Wagen nächststärkerer Klasse • ausserdem die übrigen preiswerten Vierzylinder-Modelle

von 2795,- RM., bis 3475,- RM. ab Werk



SONDERKLASSE
Vierzylinder

Verlangen Sie unverbindlich Probefahrt beim DKW-Vertreter

Sonderschau Karlsruhe bis 10. Juli 1932 Kaiserallee 62
Geöffnet von 8-18 Uhr — auch Sonntags

MAG Mittelbadische Automobilgesellschaft m. b. H. Fernruf 6648-6649

WINSCHERMANN G.m.b.H. Kohlengroßhandlung Stephaniensstraße 94
b. H. Telefon 815, 816, 817

Druck G. Braun, Karlsruhe